Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1045

Anfrage Nr. 87

der Abgeordneten Dr. Jaeger, Strauß und Genossen

betr.: Bundespolizei.

Laut Pressemeldungen sind zwischen der Bundesregierung und alliierten Stellen Verhandlungen wegen Bildung einer Bundespolizei geführt worden

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Entsprechen diese Pressemeldungen der Wahrheit? Welche Stellen haben miteinander Verbindung aufgenommen, von wem ging die Initiative aus und was war der Inhalt der Besprechungen? Weshalb wurde vor Aufnahme der Verhandlungen nicht die Stellungnahme des Bundestages und des Bundesrates eingeholt?
2. Hält die Bundesregierung die Bildung einer Bundespolizei mit dem Grundgesetz für vereinbar? Wenn ja, wie will sie diese Rechtsauffassung begründen? Wenn nein, will sie eine Änderung des Grundgesetzes herbeiführen und welchen Inhalt soll diese Änderung haben?
3. Steht die Bundesregierung auf dem Standpunkte, daß die Hohen Kommissare das nötige Edikt zur Bildung einer Bundespolizei erlassen sollen, wenn sich keine Mehrheit für die erforderliche Änderung des Grundgesetzes finden würde?

Bonn, den 13. Juni 1950

Dr. Jaeger	Strauß	Funk
Fuchs	Stücklen	Dr. Horlacher
Bauereisen	Bodensteiner	Graf von Spreti
Schütz	Dr. Oesterle	Fürst Fugger von Glött
Dr. Solleder		

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1